

## Kohlenfragen.

Aus der Berliner Stadtverordnetenitzung.

Der Schwerpunkt der Verhandlungen lag gestern in der nicht öffentlichen Sitzung: In ihr wurde über den Anlauf der Ruzen der Gewerkschaft Lrier entschieden. Bis Mitternacht lag eine Mitteilung hierüber noch nicht vor.

Eine Reihe kleiner Vorlagen wurde schnell erledigt, so die Bewilligung von 8100 Mark zur weiteren Durchführung der Maßnahmen für Umwandlung des ehemaligen städtischen Abladeparkes in Spreenhagen in fruchtbares Ackerland. Dann wandte man sich der Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Brennmaterialien zu. Bei der Erörterung dieser Frage, die von sozialdemokratischer Seite angeregt worden war, wurde bereits auf den geplanten Anlauf der Ruzen angespielt, Stadtv. Hünge begründete den sozialdemokratischen Antrag.

Zu den Lebensmittelproblemen sind nun im letzten Winter auch die Kohlenprobleme gekommen. Die Bevölkerung begreift es nicht, wie in dem mit Kohlen gesegneten Deutschland eine solche Kohlennot hat eintreten können. Auch jetzt im Sommer ist es nicht besser geworden. Selbst für Geld und gute Worte sind in Berlin keine Kohlen und kein Holz zu bekommen. Wenn die Staatsregierung versagt, muß der Magistrat für Abhilfe sorgen. Die gesamte Bevölkerung leidet unter diesen Umständen. Selbst die Badeanstalten haben geschlossen werden müssen. Darunter leidet vor allem die schwerarbeitende Bevölkerung. Auch viele Kleinhändler werden von der Kohlennot schwer betroffen. Ganz trostlos sind die Aussichten für den kommenden Winter. Ähnlich liegt es mit der Gasversorgung, wenn auch anzuerkennen ist, daß unsere Gasanstalten ihr Möglichstes tun. Besser sind sowohl bei den Kohlen wie beim Holz lediglich die Preise geworden; die ins Ungemessene steigen. Die Schuld an diesen Umständen liegt an dem Waggon- und dem Arbeitermangel. Der Hauptgrund ist, daß man die neutralen Staaten in der Kohlenversorgung vor der einheimischen Bevölkerung bevorzugt. Das sind unhaltbare Zustände. Die Regierung scheint das nun endlich erkannt zu haben. Sie hat das Kohlenamt geschaffen. Mit demselben Augenblick verschwinden natürlich die Kohlen vom Markt. Jedenfalls müssen durchgreifende Maßnahmen getroffen werden, damit die Bevölkerung im Winter nicht neben der Lebensmittelknappheit noch durch die Kälte zur Verzweiflung getrieben wird. Stadtschulrat Reimann betont, daß alles geschehen solle um stufenweise zunächst den Badebetrieb mit kalte Duschen und dann den Warmwasserbetrieb der städtischen Badeanstalten wieder zu eröffnen.

Stadtrat Loe h n i n g: Es handelt sich zurzeit nicht mehr um eine Beförderungs-, sondern um ein Produktionsproblem. Die Kohlenlieferung ist augenblicklich naht. Zum Zwecke der Steigerung der Förderung sind jetzt etwa 40 000 Bergleute den Bechern zur Verfügung gestellt worden. Es ist ein Beirat für Kohlenversorgung eingesetzt worden, in dem die Interessengruppen scharf aufeinandergeplagt sind. Die Großindustrie wehrt sich begreiflicherweise gegen die ihr zugewonnene Rationierung, ebenso energisch aber fordern die Vertreter der Gasanstalten und Kommunen, daß die Gasanstalten, Elektrizitätswerke ebenso wie der Hausbrand vorweg beliefert werden müssen. Jedenfalls muß mit der Gefahr gerechnet werden, daß der Hausbrand rationiert werden muß. Mit diesem engeren Problem beschäftigt sich seit Wochen die Kohlenabteilung beim Kriegsamt in den Marken, die die gesamten hier in Betracht kommenden Fragen für Groß-Berlin zu erledigen hat. Die Hauptsache ist, daß es gelingt, den Winterbedarf für Groß-Berlin schon im Laufe des Sommers nach Berlin anzufahren. Das Ergebnis der Beratungen wird dann in Beschlüssen der zuständigen Magistratskommission festgelegt werden. Jedenfalls kann die Versammlung überzeugt sein, daß der Magistrat sowohl die Interessen der städtischen Werke wie die des Hausbrands mit aller Energie vertreten wird. (Bravo!) Stadtv. Mommsen (Fr. F.) weist gegenüber in der Öffentlichkeit verbreiteten irigen Auffassungen darauf hin, daß der etwaige Anlauf eines Bergwerks durch die Stadt auf die Kohlenversorgung Berlins in dem kommenden Winter keinerlei Einfluß haben könne.

Stadtv. Sonnenfeld (L.): Die Bevölkerung kann überzeugt sein, daß wir alles tun werden, damit im kommenden Winter niemand weder zu hungern noch zu frieren braucht.

Der Antrag betr. Einsetzung einer gemischten Deputation wird hierauf angenommen.